



Operation „Ochi“

Griechenland Premierminister Tsipras hat sein Land ins Chaos geführt. Es herrscht Schwarz-Weiß-Denken, es ist die Stunde der Übertreibungen und Mythen.

Café in Athen während Tsipras' TV-Auftritt am Mittwoch



Als Griechenland aus Sicht des Internationalen Währungsfonds seit einigen Stunden in Zahlungsverzug war, am Mittwoch, stand Alexis Tsipras gerahmt von einer griechischen und einer europäischen Flagge in der Villa Maximos von Athen, seinem Amtssitz. Er sprach ruhig in eine Fernsehkamera, vielleicht etwas angestrenzter als sonst. Die Banken des Landes waren seit drei Tagen geschlossen, nun wollte Griechenlands Premierminister sein Volk beruhigen, indem er es gegen Europa aufwiegelte.

Vor ledergebundenen Folianten erklärte er, warum es das Referendum über Europas Reformpläne, das er kurz zuvor noch selbst als mögliche Verhandlungsmasse angeboten hatte, nun doch auf jeden Fall geben solle. „Sie schlagen jetzt zurück“, sagte Tsipras, „sie“ erpressten die Griechen, indem „sie“ die Banken schlossen, indem „sie“ das Volk, „uns“, leiden ließen, damit „wir“, die Griechen, endlich kuschten.

„Sie lügen“, sagte Tsipras, es war ein gespenstischer Auftritt, unerhört in einem Europa, das sich gern als Union empfindet, „sie erklären euch, dass diese Abstimmung eine Abstimmung für oder gegen den Euro ist.“ Tatsächlich sei das Gegenteil der Fall. Tatsächlich hätten die Gläubiger, seit er das Referendum verkündet habe, „bessere Vorschläge“ geschickt. Und es gehe jetzt darum, mit einem kraftvollen Nein des griechischen Volkes die Verhandlungsposition seiner Regierung zu stärken. Seine Stimme, sagte Tsipras, werde umso lauter klingen, „wenn ihr, das Volk, mich unterstützt“.

Zu sagen, der Ton sei rauer geworden in dieser dramatischen Woche der schier endlosen Saga von Rettung und Untergang, ist eine nette Untertreibung. Im Norden Europas stellten sich Politiker reihenweise vor Mikrofone, um zu erklären, wie sie sich von den griechischen Kollegen hintergangen fühlten, allen voran EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der einem dieser Tage manchmal vorkommen kann wie ein erschöpfter Großvater, den ein geliebter Enkel tief enttäuscht hat.

Im Land der Griechen selbst walzt das von Tsipras geförderte Schwarz-Weiß-Denken Differenzierungen nieder, das kurzschlüssige Drängen auf ein Entweder-oder herrscht vor, der naive Glaube regiert, dass jede Frage, und wäre sie noch so kompliziert, mit einem schlichten Ja oder Nein zu beantworten wäre.

In solchen Zeiten zählen Fakten wenig, und die Wahrheit gerät ins Rutschen. Am Mittwoch meldete sich nach Tsipras auch Yanis Varoufakis zu Wort, im Fernsehstudio leuchtete hinter ihm ein Bild des Parthenon. Die Ungewissheit, sagte der Fernsehmoderator, sei nicht gut für Griechenland, und sie wachse von Tag zu Tag.

FOTO: ALKIS KONSTANTINIDIS / REUTERS

Varoufakis entgegnete, es sei der Plan der „Institutionen“ gewesen, der einst Troika genannten Gläubigergemeinschaft des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und Zentralbank, Griechenland genau dahin zu bringen, wo es jetzt stehe. „Wir sind absolut ehrlich“, sagte er, „wir machen keine Spielchen.“

Der Finanzminister pflegte den Ton eines Verschwörungstheoretikers, er verfiel, vor heimischem Publikum, in eine Rhetorik des Krieges. „Sie dürfen nicht gewinnen“, sagte Varoufakis. Und so, wie er es sagte, klang es fast, als wäre das Referendum eine Idee der Europäer gewesen.

Es verwundert nicht, dass die griechische Regierung versucht, die Deutungshoheit über ihr Handeln zurückzugewinnen. Es geht, schon jetzt, auch um ihren Platz in der Geschichte.

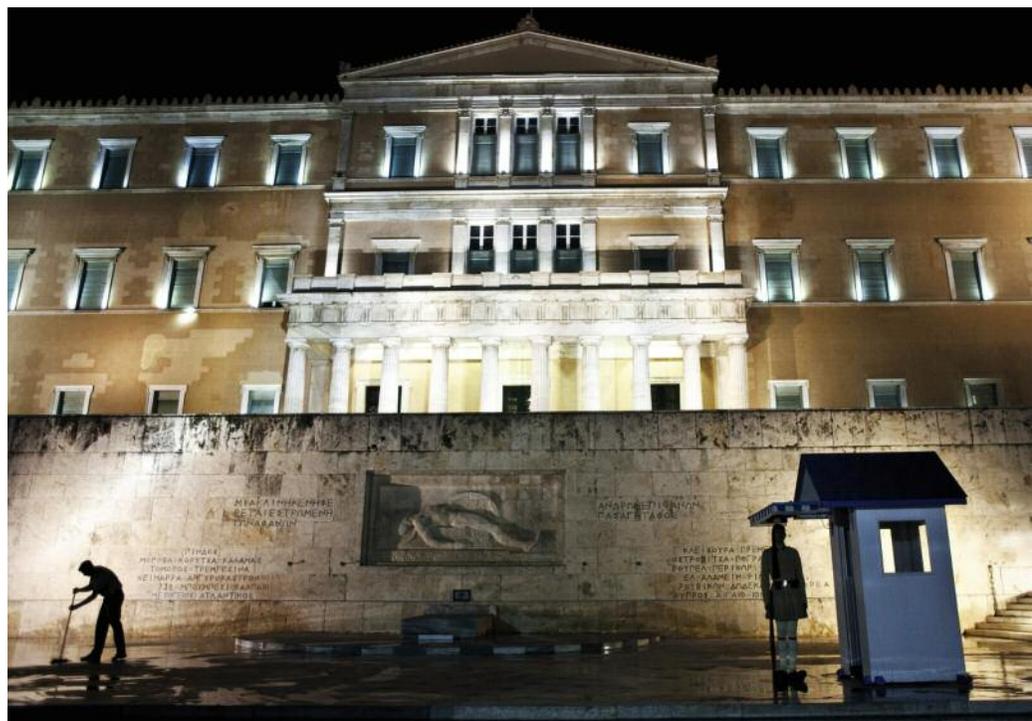
„Ochi“, nein, ist ein Heldenwort in Griechenland, für die Linke nicht weniger als für die Rechte, ein großes Wort, eines mit der Aura von Würde. Tsipras versah sein Referendum nicht nur deshalb von Anfang an mit der Aufforderung zur Ablehnung, weil er die Inhalte der angebotenen Verträge ablehnt; indem er es tat, schlüpfte er auch in den Mantel der Geschichte.

Für die Linke ist das „Ochi!“, Nein!, mit dem Widerstand gegen die Diktatur der Obristen verbunden, und mit einem schlichten, ergreifenden „Ochi!“ lehnte sich 1940 auch der autoritäre Herrscher Ioannis Metaxas gegen ein Ultimatum des italienischen Diktators Benito Mussolini auf. Metaxas ist bis heute ein Idol der Rechten, von den Konservativen der Nea Demokratia bis zu den Neonazis der „Goldenen Morgenröte“.

„Nein“ hat in Griechenland folglich auch eine irrationale Kraft, einen politischen Zauber, den sich Tsipras und seine Gefolgsleute sehr geschickt zunutze machen. Wer Nein sagt, den umweht ein Hauch von Heroismus. „Nein“ versteht der Rentner, weil es so einfach nicht weitergehen kann. „Nein“ versteht die Rathausangestellte in Thessaloniki, weil es ihr jetzt einfach reicht mit dem Hin und Her mit Brüssel.

„Das Nein wird die griechische Gesellschaft einen“, sagt Nikos Filis, Fraktionssprecher von Syriza. Aber natürlich ist, weil es auch die Möglichkeit des Jasagens gibt, das genaue Gegenteil der Fall. Tsipras' Referendum spaltet das Land, der Riss geht durch Familien, Firmenbelegenschaften, Freundeskreise, Dörfer, Städte, und er weitet sich mit jedem Tag.

Ein Karussell der Umfragen hat begonnen, die mal das Nein vorn sehen, mal das Ja, und Letzteres scheint sich zu stabilisieren. Am Dienstagabend, wenige Stunden bevor die Frist für die Rückzahlung eines IWF-Kredits erstmals von einem ent-



Parlament in Athen, Hotel Grande Bretagne: „Wir müssen dieses Regime stürzen“

wickelten Land gerissen wurde, versammelten sich etwa 20 000 Menschen auf dem Syntagma-Platz, um dem Ja Stimme zu geben. Auf einem Plakat stand, leidlich verständlich: „Yes! Don't Varou Fuck Greece“. Und zum ersten Mal konnten die Syriza-Abgeordneten im Parlamentsgebäude hören, wie eine Menschenmenge der Regierung ihre Ablehnung entgegen-schleuderte mit „Rücktritt! Rücktritt!“-Rufen.

Am Donnerstag, als die Geldautomaten im Athener Zentrum schon keine Zwanziger und bald auch keine Zehn-Euro-Scheine mehr ausgaben, überwog in den Umfragen zum ersten Mal tatsächlich das Ja. Sollte es am Sonntag tatsächlich ob-

siegen, hätte sich die Syriza-Regierung furchtbar verzockt und einen politischen Totalschaden angerichtet. Tsipras' unklare Aussagen, wie er sich im Fall eines Ja verhalten wolle, werden Makulatur sein in dem Augenblick, in dem das „Nai“, das Ja, wirklich gewinnt. Finanzminister Varoufakis ist der Einzige, der wirklich unmissverständlich ankündigte, dann zurückzutreten.

Es gibt selbst in Tsipras' eigener Mannschaft erste Abweichler. Wirtschaftsminister Giannis Dragasakis deutete diese Woche öffentlich an, dass er den Premierminister aufgefordert habe, das „letzte Angebot“ der Gläubiger anzunehmen und sich endlich mit den Europäern zu einigen.

FOTOS: MARCO KOURI / DER SPIEGEL

Er dementierte zwar später mit den dünnen Worten, man habe ihn missverstanden, aber es gibt wenig Zweifel daran, dass die Regierung Tsipras/Varoufakis nicht mehr alle Gefolgsleute hinter sich hat.

Drei Minister sollen im Kabinett gegen das Referendum gestimmt haben. Sie mögen sich fragen, wo die Grenze verläuft zwischen einem Regierungschef, der an die Grenzen geht, und einem, der sein Land in einen Abgrund führt.

Wie viel auf dem Spiel steht, wird nun, seit das Geld kaum noch aus den Automaten kommt, seit Banken geschlossen bleiben und sich Schlangen an Tankstellen bilden aus Angst vor Spritknappheit, jedem begreiflich. Ein Tourismusverband meldet sinkende Buchungen. Pharmaunternehmen wollen von Apotheken und Krankenhäusern im Voraus und in bar bezahlt werden, genauso die Lieferanten von Fleischern und Restaurants. Im Norden, am Evros, werden Grenzposten abgezogen, weil deren Zulagen zu teuer sind. An vielen Ecken der Gesellschaft wächst das Verständnis dafür, was ein Staatsbankrott bedeuten könnte.

Wirtschaftsminister Dragasakis muss die Dramatik nicht erst am eigenen Leib spüren, um sie zu verstehen. Ihm, der an der London School of Economics zum Wirtschaftswissenschaftler ausgebildet wurde, ist das Eifern des Jüngeren fremd. Auch Dragasakis hatte, schon bevor er Minister wurde, ein Schuldenmoratorium gefordert, aus der Erkenntnis heraus, dass das Land seine Schulden nicht zurückzahlen kann, weil die Lasten einfach zu groß geworden waren in den Jahrzehnten der Misswirtschaft. 50 Milliarden Euro bis 2018 und einen umfassenden Schuldenschnitt braucht Griechenland laut neuesten Berechnungen des IWF. Aber nun hat dieser Konfrontationskurs ihn und Tsipras, zu dessen engsten Vertrauten er zählte, offenbar entfremdet.

Aber da sind immer noch viele, die anders denken als er. Sie scheren sich nicht um Europa, und sie glauben immer noch, sie befänden sich inmitten einer großen Verhandlung. Sie folgen Alexis Tsipras nicht blind, er hält sie selbst oft nur mit Mühe unter Kontrolle. Aber dank ihm sitzen viele Menschen jetzt in Parlamentsbüros, haben vielleicht eigene Dienstwagen, haben Macht, Einfluss, Mitspracherechte.

Und sie wollen, was er will. Despina Charalampidou, 56 Jahre alt, zählt zu ihnen, eine kleine Frau mit Pagenschnitt und in geblümter Bluse. Charalampidou kommt aus Thessaloniki, hat zwei Kinder großgezogen, und wenn das Geld knapp wurde, hat sie im Büro der Textilgewerkschaft ausgeholfen, hat dort Anrufe entgegengenommen oder geputzt. Jetzt ist sie stellvertretende Parlamentspräsidentin.

Sie sagt: „Wir können keinen Vorschlag annehmen, der das Ziel hat, das Volk zu verarmen.“ Das ist der Tonfall dieser Partei. Das Volk als Pluralis Majestatis, und es könnte für sie keinen größeren Unfall geben, als wenn das Volk am Sonntag mehrheitlich mit Ja stimmen würde. Also gegen die Regierung, also gegen sich selbst.

Wer glaubt, es ginge nicht noch ein Stück polemischer und hochfahrender, kennt Zoe Konstantopoulou nicht, eine Vertreterin des linken Syriza-Gesinnungsflügels, eine sehr große Frau von 37 Jahren. Sie ist die Präsidentin des Parlaments.

Bevor Tsipras ihr den prominenten Posten anbot, war Konstantopoulou Anwältin für Menschenrechte, sie hat sich mit den Verbrechen im Irak und in Serbien beschäftigt. In Frankreich gab sie Häftlingen Englischunterricht, studiert hat sie an der Columbia-Universität in New York.

Demokratie? „Herr Tsipras nennt Mao eines seiner Vorbilder“, sagt ein konservativer Gegner.

Sie hat es in sehr kurzer Zeit geschafft, zur vielleicht meistgehassten Frau der griechischen Politik zu werden, jedenfalls bei den Gegnern von Syriza. Der Grad ihrer Unbeliebtheit ist beeindruckend. Sie selbst beschreibt sich als „unbeugsam“.

Am Mittwoch, exakt zum selben Zeitpunkt wie Alexis Tsipras, gibt auch sie ein Fernsehinterview. Tsipras tritt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf, Konstantopoulou im Privatsender Skai. Sie ist gekommen, um den Sender anzugreifen, weil er sich zu Ja-lastig verhalte. „Sie verherrlichen die Ratingagenturen, Sie töten die Demokratie“, sagt Konstantopoulou zu der Journalistin. Ein Ja bedeute das Ende der griechischen Demokratie.

Es ist die Stunde großer Übertreibungen, großer Geschichten in Athen, nationale Mythen werden beschworen, und mit ein wenig Abstand sieht alles auch ein wenig nach Tragikomödie aus. Anekdoten aus dem Bürgerkrieg von 1944 werden wieder ausgegraben, Hohelieder auf die Partisanen, die das Hotel Grande Bretagne am Syntagma-Platz in die Luft jagen wollten, weil die Briten dort ihr Hauptquartier hatten. Die Briten, die auf Griechen hatten schießen lassen; und die es dann doch ließen, als sie erfuhren, dass sich der Bezwinnger Hitlers, Winston Churchill, im Gebäude befand.

Das schöne Grande Bretagne thront schräg gegenüber dem griechischen Parlamentspalast, nach der Oktoberrevolution von 1917 fand der russische Adel hier Zuflucht vor den Bolschewiki. In den vergan-

genen Monaten hat sich das Grandhotel wieder in ein Hauptquartier verwandelt. Aber diesmal kamen weder britische Soldaten noch russische Flüchtlinge, sondern junge Männer mit teuren Haarschnitten, in Blazern und hellen Hosen, die abends in Alexander's Cigar Lounge saßen. Es waren die Sondergesandten der Hedgefonds, Kundschafter von Investorenzirkeln wie Knighthead, Greylock Capital, Baupost, Fortress.

Sie alle hatten um das Jahr 2012 griechische Staatsanleihen, Schuldverschreibungen in großem Stil zu Ramschpreisen aufgekauft und die Papiere auch dann noch gehalten, als Alexis Tsipras im Parlament gegenüber die Geschäfte übernahm. Vom Grande Bretagne aus versuchten sie, in den vergangenen Monaten beharrlich zu erkunden, was in den Köpfen dieser Syriza-Leute vor sich geht. Sie ließen sich die Zeitungen übersetzen, redeten mit Anwälten, Beratern, Journalisten, politischen Analysten der Botschaften, sie rafften Informationen zusammen, um ihre finanziellen Positionen bewerten zu können.

„Viele glaubten, Tsipras sei wie der Italiener Matteo Renzi, und es würde am Ende natürlich eine Einigung mit der Euro-Gruppe geben“, sagt George Linatsas, Geschäftsführer der Beratungsgruppe Axia in Athen. „Nun, das hat sich ganz offensichtlich als Irrtum herausgestellt. Ich weiß nicht, ob Tsipras eine Agenda hat. Es sieht nur mittlerweile sehr danach aus.“

Bis zu 50 Prozent der wenigen, noch gehandelten Schuldpapiere Griechenlands liegen in den Portfolios von Hedgefonds. Sie haben gut zehn Milliarden Euro in Griechenland investiert, vor allem in Staatsanleihen. Auch wenn die Summen im Vergleich zur griechischen Verschuldung gering sind, geht es um eine Menge Geld, das bei einem Grexit vermutlich abgeschrieben werden müsste. Und es geht um eine noch größere Menge Geld in Form von Profiten, wenn der Grexit doch nicht kommt. Es stehen für die Männer im Grande Bretagne, so oder so, insgesamt Tausende Millionen Euro auf dem Spiel.

Seit die Syriza-Regierung das Referendum verkündet hat, bekommt George Linatsas deshalb täglich 50 Anrufe und mehr. Die Leute am anderen Ende sind nicht unbedingt in Panik, aber dieses Europa lässt sie an die Grenzen ihres Verstandes kommen. „Ich würde es eine gewisse Fassungslosigkeit nennen“, sagt er.

Seine Kunden aus der Finanzwelt verstehen nicht, wie eine Regierung alles bisher Erreichte wieder zerstören könne. Wieso eine Regierung das eigene Land aktiv in den Ruin treibe. Wieso Syriza, wie die „New York Times“ in dieser Woche einen Fondsmanager zitierte, „das eigene Land in Brand stecke“. Auch George Linatsas hat Schwierigkeiten, ihnen das zu



Finanzminister Varoufakis, Abgeordnete: „Lächelnd in die Schlacht ziehen“

erklären. „Sie erwarten tägliche Updates. Aber niemand weiß, was am nächsten Tag passiert. Es geht jetzt nicht mehr um Analysen, Kurven und Zahlen. Es geht um die Psyche einer Gruppe und eines Mannes.“

Im Fraktionszimmer von Syriza, im Parlamentspalast, sitzt Nikos Filis, Fraktionschef seiner Partei, er ist ein schwerer, müder Mann. „Ich war zuversichtlich“, sagt er, „aber gewisse Mächte hatten einen anderen Plan.“ Gewisse Mächte, geheime Pläne. So wird geredet im heutigen Griechenland, als wäre das Land umzingelt von Feinden. Filis spricht vom Verrat der „anderen“ an der Idee von „Europa“ und der „Demokratie“. Was diese Begriffe in seinem Mund genau bedeuten, ist schwer zu sagen. Die chronische Krise hat die Definitionen ins Schwimmen geraten lassen, die Krise, die je nach Auffassung seit 50 oder 5 Jahren andauert.

Demokratie? „Herr Tsipras war mit Hugo Chávez befreundet. Er nennt Mao eines seiner Vorbilder“, sagt Adonis Georgiadis, ein jüngerer Politiker der Konservativen. Ein Verleger und Selbstdarsteller, der selbst einst bei der extremen Rechten mitmischte. Tsipras kann er einen Gesinnungswandel nicht zugestehen. „Seine Seele, seine Ideen kommen aus der Kommunistischen Partei. Er passt nicht in ein liberales Projekt wie die EU.“

Für ihn und viele Parteigänger der Nea Demokratia, deren Chef Antonis Samaras die Vorgängerregierung gebildet hat, steht fest, dass Tsipras sein Land immer schon aus der Union führen wollte. „Schon als er sich Varoufakis zum Finanzminister ge-

nommen hat, muss ihm klar gewesen sein, dass er damit in Brüssel Probleme haben wird“, sagt ein Abgeordneter. „Weshalb hat er sich sofort die nationalkonservative Anel als Koalitionspartner genommen? Weil er damit die Armee hinter sich hat.“

Es sind Tage in Athen, in denen Neonazis im Parlamentspalast mit der linksradikalen Regierung stimmen und Investmentbanker im Hotel Grande Bretagne reden wie Partisanen. Ilias Panagiotaros ist Abgeordneter der Partei Goldene Morgenröte, die sich eine Art Hakenkreuz als Logo genommen hat, beim Votum über

Das Volk von Syriza hält seine Fahnen hoch, besonders die mit Hammer und Sichel.

das Referendum hat die Morgenröte mit der Syriza-Regierung gestimmt.

Panagiotaros' Begründung lautet, dass das Nein seiner Partei nicht dasselbe Nein sei wie jenes von Syriza. Das Nein der Goldenen Morgenröte sei das Nein, nach dem „die Menschen lächelnd in die Schlacht ziehen“. Tsipras und seine Leute, sagt Panagiotaros, hätten dieses stolze Nein eigentlich nicht verdient. Heute sei das Volk verkommen, sagt der völkische Politiker. Mit ihren Lippen sagten die Leute Nein, „aber im Inneren wollen sie doch nur weiter ihr Shopping und ihre Geldautomaten haben. Warten Sie ab“, sagt

Panagiotaros, „diese Griechen werden Ja stimmen, mit 65 bis 80 Prozent.“

Das Referendum am Sonntag wird das siebte in der jüngeren griechischen Geschichte sein. Bisher ging es vor allem darum, ob die Griechen einen König wollen oder nicht. Diesmal geht es um ihr Verhältnis zum Rest von Europa, zum Weltfinanzmarkt, aber auch darum, ob sie weiterhin als Gesellschaft eines respektierten, vertragstreuen Staates gelten wollen.

Der Verwaltungsminister von Syriza, Giorgos Katrougalos, der das Referendum organisiert, erzählt, er habe Schwierigkeiten, die neun Millionen Briefumschläge aufzutreiben. Auch sei das Referendum mit 25 Millionen Euro nicht ganz billig. Das Militär werde die Zettel mit Schiffen und Hubschraubern in die entlegenen Gebiete bringen.

Am Dienstag, als sich am Abend das Parlamentsgebäude leerte, machte sich Nikolaos Panagiotopoulos, ein Abgeordneter der Nea Demokratia, auf den Weg in seinen Heimatwahlkreis, nach Kavala, er hatte noch einen letzten 50-Euro-Schein im Portemonnaie. Die griechischen Regierungen vor Syriza hätten alle Fehler gemacht, auch die seiner eigenen Partei. Er verstehe sogar, dass ihnen die Leute nicht mehr zuhören. „Wer seine Rente gekürzt bekommt, sagt Nein, ochi.“

Aber er habe Angst, sagt Panagiotopoulos, dass sich das Land noch weiter spalte, und zwar nicht entlang der alten, letztlich aus dem Bürgerkrieg geerbten Linien. „Griechenland ist gar nicht mehr in links und rechts geteilt. Das ist vorbei. Es gibt



die Fraktion der Aufgeschlossenen, die geist sind, die Sprachen können, die eine gute Ausbildung haben, die sich für Europa interessieren und die es nicht mehr ertragen, wenn man bei uns für alles Beziehungen braucht. Egal, was es ist, man muss ständig erst zig Schreibtische überwinden, um etwas zu erreichen.“

Panagiotopoulos kommt am Platz der Verfassung an, dem Syntagma, als sich in dieser Woche die Nein-Befürworter dort versammelt haben: OCHI, OCHI, OCHI ist auf die Steinquader gesprüht, in Rot, weil man das besser sieht. Das Volk von Syriza hält seine Fahnen hoch und ganz besonders die mit Hammer und Sichel, damit es auch den Reichen da drinnen, im Grande Bretagne, Angst und Bange wird.

Von diesem Schlag sind aber die Vertreter der Welt- und Finanzmärkte nicht, die Gesandten der Hedgefonds. Sie sammeln und analysieren Informationen, und danach entscheiden sie, wo sie Geld abziehen und wohin sie welches verschieben. Einer sagt, selbst Grieche, es gehe gar nicht mehr um das Geld. „Es geht um viel mehr. Eigentlich um alles.“

Ein Lügner sei Tsipras, sagt der Mann, ein Manipulator und Blender, an den Europa viel zu lange Vertrauen verschwendet habe. „Wir müssen unseren griechischen Brüdern klarmachen, dass es um alles geht, was dieser Kontinent in 60 Jahren erreicht hat. Ich will, dass meine Kinder in Griechenland aufwachsen können“, sagt er. „Wir müssen dieses Regime stürzen, und dafür haben wir nur noch bis Samstag Zeit.“

Am Mittwoch um ein Uhr früh griechischer Zeit, Mitternacht in Brüssel, als Griechenland nach der Logik des IWF in Zahlungsverzug geriet, lag am Syntagma-Platz nicht der Umsturz in der Luft; es herrschte großer Frieden. Müllmänner kehrten die Reste zusammen, die die Demonstranten hinterlassen hatten, zwei Ehrenwachen hielten einsam die Stellung, in ihren plissierten Uniformröckchen, mit den Knietroddeln und Puscheln am Schuh. Sie standen neben ihren Schilderhäuschen am Grab des unbekanntes Soldaten, vor der erleuchteten Fassade des nächtlichen Parlaments.

Als die Frist der Geldgeber ablief, in genau diesem Moment, auf die Sekunde, löste sich die Starre der groß gewachsenen Männer. Wie in einem mechanischen Ballett streckten sie ihre Beine, spreizten und bewegten sich, zeitlupenhaft und wie aus der Ferne gesteuert. Es war die Zeit der Wachablösung.

Julia Amalia Heyer, Katrin Kuntz,
Alexander Smoltczyk

Mail: alexander_smoltczyk@spiegel.de



**Animation: Der Grexit –
was wäre wenn?**

spiegel.de/sp282015szenario
oder in der App DER SPIEGEL